

Auf dem Weg zur Großmacht?

Deutsche Außenpolitik von 1990 bis 2017 – Eine Zwischenbilanz

(Beitrag zum Außen- und Sicherheitspolitischen Dialog der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg und des außenpolitischen Journals WeltTrends am 18. November 2017)

„Die Gespräche verliefen hochprofessionell, effizient und getragen von gegenseitigem Respekt.“ Mit diesen Worten kommentierte *Der Spiegel* die Bildung der neuen Regierung in Österreich.¹ Am 15. Oktober 2017 hatten die Wähler entschieden, knapp neun Wochen später stand die neue Regierung, bestehend aus der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) und der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ). Während der Koalitionsverhandlungen drang kaum etwas Inhaltliches nach außen, auch über Personalien wurde nichts durchgesteckt. Erst am 15. Dezember gab es Informationen über die Namen der künftigen Minister. Wollte der neue Bundeskanzler Sebastian Kurz – mit 31 Jahren der jüngste Regierungschef nicht nur Österreichs, sondern Europas (wahrscheinlich seit dem Briten William Pitt der Jüngere, der 1783 mit 24 Jahren Premierminister wurde) und eines größten politischen Talente in der Europäischen Union – mit solcher Einschätzung auf die sichtliche Schwäche von Kanzlerin Angela Merkel verweisen? Oder war das die Kritik des Spiegels an den deutschen Koalitionsverweigerern? Die Bundestagswahl war am 24. September und eine neue Regierung ist längst nicht in Sicht.

Seit mehreren Jahren haben wir bei *WeltTrends* und in der *Rosa-Luxemburg-Stiftung* die nach 2008 sichtbare deutsche Hegemonie in Europa diskutiert.² Wir konnten uns aber nicht vorstellen, dass die deutsche politische Klasse ihre zuvor zielgerichtet aufgebaute Machtposition durch politischen Dilettantismus selbst wieder unterminiert.

I.

Als die Mauer fiel und die deutsche Vereinigung vollzogen wurde, hofften viele Menschen in den beiden Deutschländern auf eine gute und vor allem friedliche Zukunft. Heute stehen deutsche Truppen am Hindukusch und in Mali, versehen Aufgaben einer „Schutztruppe“ in Südosteuropa und deutsche Kriegsschiffe sind auf den Weltmeeren unterwegs. Deutschland ist wieder Zentralmacht Europas, dominiert die EU und wurde zu einer geo-ökonomischen Macht mit globalen Interessen. Die Hoffnungen auf ein dauerhaft verfriedlichtes Deutschland wurden getäuscht. Mit dem Aufbau eigenständiger militärischer Kapazitäten der EU sollen Möglichkeiten geschaffen werden, auch unabhängig von den USA Militärmacht einsetzen zu können.

1 Haznain Kazim: Neue Koalition in Österreich. Die rechte Regierung und der grüne Präsident, in: SpiegelOnline, 16.12.2017. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/oesterreich-was-die-neue-regierung-aus-oevp-und-fpoe-bedeutet-a-1183670.html>.

2 Vgl. Erhard Crome / Raimund Krämer (Hrsg.): Hegemonie und Multipolarität. Weltordnungen im 21. Jahrhundert, Potsdam: Verlag WeltTrends 2013.

Die Außenpolitik des vereinten Deutschlands hat inzwischen eine eigene Geschichte von über fünfundsiebenzig Jahren. Die Deutschen hatten im 20. Jahrhundert zweimal versucht, den Kontinent erobern, zumindest beherrschen zu wollen. Unter der verbrecherischen Regierung Hitlers war keine Untat zu groß für dieses Ziel. Seine Vereitelung erforderte die Kraftanstrengung nahezu aller anderen Staaten und Nationen; den Ausschlag gaben schließlich die „Randmächte“ Sowjetunion und USA. Sie verstrickten sich danach in den Kalten Krieg gegeneinander, der zur Verschleuderung eines großen Teils des Bruttosozialprodukts führte. Am Ende waren die Ressourcen der Sowjetunion aufgebraucht. Das realsozialistische Herrschafts- und Gesellschaftssystem brach zusammen, die UdSSR zerfiel. In der Mitte Europas erstand das vereinigte Deutschland neu, als habe es den Kalten Krieg gewonnen.

Die deutsche Außenpolitik wurde schrittweise verselbständigt. Grundsatz bundesdeutscher Außenpolitik – bereits der westdeutschen vor 1989 – war es, Alleingänge zu vermeiden und stets im Bündnis bzw. im Rahmen internationaler Organisationen zu handeln, sei es die Europäische Union, die NATO oder auch die UNO. Kam es zu einer Differenz in der Positionierung der USA oder Frankreichs, entschied sich die bundesdeutsche Außenpolitik dann für eine der beiden Positionen. So verweigerte die Schröder-Regierung 2003 die Teilnahme Deutschlands am Irak-Krieg der USA, sah sich dabei aber in demonstrativer Übereinstimmung mit Frankreich. Die deutsche Enthaltung im UNO-Sicherheitsrat zur Resolution 1973 (17. März 2011), die den Weg zum Krieg westlicher Länder in Libyen öffnete, war der erste Fall, dass Deutschland nicht mit den USA, Frankreich und Großbritannien, wohl aber mit China, Russland, Indien und Brasilien stimmte – den aufstrebenden Mächten des 21. Jahrhunderts. Auch wenn transatlantisch orientierte Politiker und Journalisten dies nach wie vor als Sündenfall interpretieren: Es war Signal an die früheren westlichen Besatzungsmächte und langjährigen Verbündeten in NATO und EU, dass Deutschland nur dann mit ihnen übereinstimmt, wenn es seinen Interessen entspricht. Deutsche Interessenwahrnehmung in der internationalen Politik ist keine abgeleitete Funktion von „Bündnisverpflichtungen“ mehr, die andere definieren.

Die Annahme aus der Zeit der deutschen Vereinigung, ein „europäisches Deutschland“ zu schaffen, um ein „deutsches Europa“ zu verhindern, blieb Illusion. Wir haben es jetzt mit einem „europäischen Deutschland“ in einem „deutschen Europa“ zu tun. Die Schaffung des letzteren war nur möglich, weil Deutschland ein „europäisches“, demokratisches, offenes Land ist. Der Bruch mit Pickelhaube, Schnurrbärten und lärmender Militärpolitik, die Tatsache, dass Deutschland heute ein „normales“ bürgerliches Land ist, wie andere Länder in Westeuropa und Nordamerika auch, ist Voraussetzung für die heutige deutsche Hegemonie. Die „Westbindung“, die erst die BRD, dann das vereinte Deutschland in die globale, von den USA dominierte Weltordnung einbinden sollte, hat eine neue deutsche Hegemonie nicht verhindert, sondern deren politische, organisatorische und kulturelle Formen gegenüber der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts verändert.

II.

Das Thema deutsche Hegemonie schien mit dem 8. Mai 1945 erledigt. Jetzt, mehr als ein Vierteljahrhundert nach der deutschen Vereinigung, ist es wieder da. Teile des

konservativen deutschen Bürgertum begannen vor etwa zwölf Jahren, seit dem Ausgang aus der Finanz- und Wirtschaftskrise nach 2008, Deutschlands neue Großmachtrolle zu diskutieren. Tenor war, Deutschland sei nun „Hegemon wider Willen“ in der EU. Einerseits bestünden neue Ängste vor einer Hegemonie Deutschlands, andererseits werde seine politische Führungsrolle in Europa und seine finanzielle Verantwortung erwartet. Deutsche Führung in der EU müsse stets die Unterstützung der anderen Staaten und Regierungen dafür erwirken, auf welchem Wege auch immer, es soll aber nicht wie Zwang aussehen; es solle Hegemon sein, aber nicht als Hegemon auftreten. Hier zeigt sich dreierlei: (1) eine deutsche Hegemonie in Europa wird ein Vierteljahrhundert nach der deutschen Vereinigung für völlig normal gehalten und als Faktum, nicht als Ziel in den Blick genommen; (2) die wirtschaftliche Kraft Deutschlands wird als Grundlage seiner hegemonialen Stellung angesehen, die Herausforderung selbst jedoch als politische akzentuiert; (3) Einigkeit besteht darin, dass Deutschland in diese dominierende machtpolitische Rolle bereits eingerückt ist.

Die fünfte außenpolitische Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung 2012, in Kooperation mit der Zeitschrift WeltTrends, hatte das zum Thema.³ Dort war auch der Politikwissenschaftler Ulrich Menzel aufgetreten. Er steuerte eine Inhaltsbestimmung zum Wesensunterschied von Hegemonie und Imperium bei: „Hegemonie kommt aus dem Griechischen und meint 'Führung'. Imperium stammt aus dem Lateinischen und meint 'Herrschaft'. Führung setzt Gefolgschaft voraus und beinhaltet ein Element von Akzeptanz und Freiwilligkeit. Der Gegenbegriff zu 'Herrschaft' lautet 'Knechtschaft', setzt also ein Zwangsverhältnis voraus, das auf Befehl und Gehorsam beruht.“⁴ Das ist normativ gemeint, öffnet es ihm doch die Möglichkeit, zwischen „guten Hegemonen“, so der USA in der Welt und Deutschland in Europa, und bösen Imperialmächten, wie Russland und China zu unterscheiden.⁵ In meiner Verwendung ist der Begriff „Hegemonie“ ausschließlich analytisch gemeint, ein Tatbestand, der außen- und friedenspolitisch zu untersuchen und zu bewerten ist.

Herfried Münkler, der „Carl Schmitt der Berliner Republik“ genannt, tut alles, dem zu entsprechen. Nach Publikationen über alte und „neue“ Kriege, imperiale Strukturen als positive Gestaltungsmodelle internationaler Beziehungen erschien 2015 ein Band über „die neuen Aufgaben Deutschlands in Europa“.⁶ Adressat sollte ausdrücklich die Berliner Politik sein. Da es zu den „Vereinigten Staaten von Europa“ nicht gekommen ist, müsse ein gemeinsames EU-europäisches Handeln anders hergestellt werden. Die EU-Osterweiterung hat Deutschland nicht nur geographisch, sondern auch machtpolitisch in die Mitte Europas gerückt. Die USA haben sich aus der „sicherheitspolitischen Verantwortung für Europa“ herausgezogen (S. 10), die militärische Macht hat an Bedeutung verloren, während die wirtschaftliche in den

3 Siehe: Erhard Crome / Raimund Krämer (Hrsg.): Hegemonie und Multipolarität. Weltordnungen im 21. Jahrhundert.

4 Ulrich Menzel: Internationale öffentliche Güter und die Kontrolle der globalen Allmenden, in: ebenda, S. 10.

5 Dazu: Ulrich Menzel: Welt am Kippunkt. Die neue Unregierbarkeit und der Vormarsch der Anarchie, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 1/2016, S. 35-45.

6 Herfried Münkler: Macht in der Mitte. Die neuen Aufgaben Deutschlands in Europa, Hamburg: edition Körber Stiftung 2015. Die folgenden Seitenangaben beziehen sich auf diesen Band.

Vordergrund rückte (S. 47).

Hier sieht Münkler die große Aufgabe für Deutschland als „*Macht in der Mitte*“. Seine Aufgabe sei es, „die Europäer auf eine gemeinsame Linie zu bringen und für eine gesamteuropäische Solidarität gegenüber den Mitgliedstaaten zu sorgen [...]. Nur wenn das gelingt, wird die Europäische Union als regionale Ordnungsmacht auftreten können.“ (S. 11) Es war „die Eurokrise, in deren Verlauf die neue Position Deutschlands in Europa sichtbar wurde“ (S. 48); mit der von Deutschland durchgesetzten Strategie zur Krisenbewältigung wurde diese bekräftigt. Zum Wie deutscher Politik betont er: „Die Zentralmacht Europas muss den gemeinsamen Willensbildungsprozess der EU-Mitgliedsländer moderieren, sie muss dafür Sorge tragen, dass am Schluss möglichst alle der beschlossenen Linie folgen [...]. Das schließt nicht grundsätzlich aus, dass die Zentralmacht Europas Entscheidungsprozesse auch einmal forcieren kann und auf entschiedenes Auftreten drängen muss [...]. Deutschland muss in Europa führen, aber es muss dies in einer umsichtigen, auf möglichst breite und nachhaltige Unterstützung bedachten Art und Weise tun.“ (S. 163) Kurzum: Keine deutsche Führung in der EU, ohne dass die Unterstützung der anderen Staaten und Regierungen dafür erwirkt wird, auf welchem Wege auch immer, es soll nur nicht wie Zwang aussehen: Deutschland solle Hegemon sein, aber „nicht als Hegemon auftreten“ (S. 177).

Methodisch macht Münkler geltend, es gäbe „vier Machtsorten“: politische, wirtschaftliche, militärische und kulturelle bzw. ideologische Macht. Die deutsche Hegemonie beruht auf der gesunkenen Bedeutung des Militärischen, sie ist politisch und beruht auf der wirtschaftlichen Macht. Das hat die deutsche Politik im Falle der griechischen Schulden allen vor Augen geführt. Allerdings ist es nicht gelungen, den deutschen Alleingang in der Flüchtlingsfrage 2015, der weder den geltenden EU-Verträgen noch den Verabredungen im Europäischen Rat entsprach, europapolitisch umzusetzen. Selbst auf dem EU-Gipfel im Dezember 2017 – mehr als drei Jahre später – war das wieder ein Thema. Da die regierenden Nationalisten in Ungarn, Polen, Tschechien, der Slowakei und anderen EU-Ländern ihre abweisende Haltung auf ihre ideologische Macht im Innern des Landes stützen können, während ein ökonomisch-politisches Druckpotential von deutscher Seite nicht aufgebaut werden kann – der Appell an „Solidarität“ ist ein Bittgesuch, keine Forderung, die auf Rechtspositionen beruht – hat die Flüchtlingspolitik die deutsche Hegemonie in eine Sackgasse geführt. Münkler hatte in seinem Band – von den meisten Betrachtern unbemerkt – eine gegenteilige Flüchtlingspolitik als Bedingung für den Ausbau der deutschen Hegemonie in Europa gefordert, nämlich „die Fähigkeit, einen Beitrag zur Begrenzung der Flüchtlingsströme zu leisten, die aus dem Vorderen Orient und dem subsaharischen Afrika nach Europa drängen und die sich wahrscheinlich zu einer der größten Herausforderungen für den solidarischen Zusammenhalt der Europäischen Union entwickeln werden“. (S. 191)

Zugleich hatte Münkler dringend dafür plädiert, Großbritannien unbedingt in der EU zu halten, nicht zuletzt, um das Gewicht der Südländer in der EU, das sich mit Frankreich verbünden könnte, aus deutscher Sicht machtpolitisch ausbalancieren zu können. Das hat sich mit dem britischen Brexit-Entscheid erledigt.

III.

In den Köpfen der politischen Kaste in Deutschland und des hiesigen großmedialen Komplexes herrscht seit der Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der USA strategische Verunsicherung. Mit Blick auf die gescheiterten Sondierungen zu einer Regierung aus Christdemokraten, FDP und Grünen hieß es im *Tagesspiegel*, die Welt sei in Aufruhr, die Krisen in der Welt würden schärfer „und die deutsche Politik genügt sich in Kleingeistigkeit“ (13.11.2017). Das alles vor dem Hintergrund, dass die USA unter Trump „ihren Führungsanspruch zur Durchsetzung der Demokratie als bester aller möglichen Staatsformen“ aufgegeben hätten.

Auch im Zusammenhang mit dem China-Besuch und dem APEC-Gipfel in Vietnam heißt es, Trump hätte dem chinesischen Präsidenten das Feld überlassen. Was bei derlei Darstellungen stets weggelassen wird ist, dass die USA in ihrer imperialen Politik, der globalistischen Interventionspolitik überdehnt sind. Trump als gelernter Wirtschaftsboss geht davon aus, dass die Kosten der weltweiten „Regime-Change“-Kriege der vergangenen Jahrzehnte den Nutzen bei weitem überstiegen. Seine Wähler haben diese Politik abgewählt. Die US-amerikanischen Steuerzahler mussten den Preis für den Globalismus zahlen und einige wenige global agierende Firmen heimsten horrenden Gewinne ein. In diesem Sinne sagte Trump in seiner Rede auf dem APEC-Gipfel: „Ich werde immer Amerika an die erste Stelle setzen, und ich erwarte auch von allen anderen in diesem Raum, dass sie ihre Länder an die erste Stelle setzen.“⁷ Sicherheitsberater H.R. McMaster, den sich viele „Transatlantiker“ in Deutschland als Globalisten dachten, hatte am 31. Mai 2017 betont: „Die Welt ist keine 'globale Gemeinschaft', sondern eine Arena, in der Nationen, Nichtregierungs-Akteure und Wirtschaftsunternehmen eingebunden sind und um Vorteile konkurrieren.“ (www.cbsnews.com, 31.05.2017) Das ist Realismus pur und hat mit dem früheren Gerede von westlich-freiheitlicher Weltordnung, das von beiden Seiten des Atlantiks zu hören war, der Sache nach nichts mehr zu tun.

In den Debatten zur außenpolitischen Strategie in Deutschland wird jedoch die tatsächliche Lage der USA ausgeblendet und so getan, als würde es deren Politik völlig freistehen, den Kurs nach Belieben zu ändern. Selbst jedoch meldet die deutsche Politik größere Ansprüche an. Seit dem Ausgang aus der Finanz- und Wirtschaftskrise nach 2008 wird über neue deutsche Hegemonie in Europa debattiert. Mit dem Papier „Neue Macht – Neue Verantwortung“, das von November 2012 bis September 2013 von der *Stiftung Wissenschaft und Politik* (SWP) und vom *German Marshall Fund* (GMF) in Zusammenarbeit mit dem Planungsstab des Auswärtigen Amtes unter Einbeziehung unterschiedlicher außenpolitischer Fachleute und Politiker erarbeitet wurde, wurden neue Linien deutscher Außenpolitik umrissen.⁸

Die SWP ist die zentrale außenpolitische Forschungseinrichtung in Deutschland, die der Bundesregierung und den staatstragenden Institutionen zuarbeitet. Der GMF wurde als eine US-amerikanische Stiftung eingerichtet, die jedoch maßgeblich aus

7 Albrecht Meier: Wie China in Trumps Lücke vorstößt, in: Der Tagesspiegel, 11.11.2017. <http://www.tagesspiegel.de/politik/apec-gipfel-wie-china-in-trumps-luecke-vorstoesst/20569794.html>.

8 https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/projekt_papiere/DeutAussenSicherhpol_SWP_GMF_2013.pdf.

deutschen Steuergeldern finanziert ist. Ihr Zweck ist die „Förderung der transatlantischen Beziehungen“ in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Da auch die außenpolitische Analyse, wie sie in der SWP betrieben wird, traditionell „transatlantisch“ ausgerichtet ist, also im Sinne engster Beziehungen zwischen den USA und Deutschland, liegt man mit der Annahme richtig, hier waren die Transatlantiker unter sich. Und unter der Präsidentschaft Obamas entsprach dies dem Sinnen und Trachten auch der Regierung der USA, wie stets seit dem zweiten Weltkrieg. Das Papier „Neue Macht – Neue Verantwortung“ war mit Blick auf die deutsche Regierungspolitik nach der Bundestagswahl 2013 verfertigt. Äußerungen des damaligen Außenministers Steinmeier, der Verteidigungsministerin von der Leyen sowie des Bundespräsidenten Gauck etwa auf der sogenannten Sicherheitskonferenz in München 2014 machten deutlich, dass die Regierungspolitik diesem Fahrplan in der Tat gefolgt ist.

Ausgangspunkt ist die Lageeinschätzung, dass frühere enge Grenzen für deutsches Agieren in der Welt nicht mehr bestehen. Der liberale, demokratische kapitalistische Westen gelte weiter als Ordnung „von globaler Strahlkraft“. Deutschland werde diese Weltordnung erhalten, schützen und weiterentwickeln, denn es „lebt wie kaum ein anderes Land von der Globalisierung“. Künftig werde Deutschland „eigene Interessen und Werte deutlich(er) akzentuieren“. Es hat den Anspruch, eine der „führenden neuen Gestaltungsmächte“ in der Welt zu sein. Dem gegenüber werden „Herausforderer“ identifiziert, zu denen vor allem Russland und China gerechnet werden, ferner „Störer“, wie der Iran oder Venezuela. Mit dem sogenannten Weißbuch zur Zukunft der Bundeswehr von 2016 wurden diese Positionen offiziell auf die deutsche Außen- und Militärpolitik angewandt. Es geht noch akzentuierter von einem Feindbild Russland aus und von einem China, das ebenfalls als Gegner gesehen wird.

Nach der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten kann sich die politische Kaste Deutschlands der bisherigen Zusammenarbeit mit den USA im Sinne eines globalen Interventionismus unter dem Motto eines „Eintretens für westliche Werte“ nicht mehr sicher sein. Die Fortdenker der neuen deutschen Macht haben deshalb ein neues Papier verfertigt, das mit dem Titel versehen wurde: „Trotz alledem: Amerika. Ein transatlantisches Manifest in Zeiten von Donald Trump“ (<http://trotzdem-amerika.de/>). Neben James D. Bindenagel, einst höherer US-Diplomat, der auch in Deutschland eingesetzt war, und jetzt eine Professur an der Universität Bonn inne hat, handelt es sich bei den Autoren um deutsche Transatlantiker, die alle mit dem Globalisten-Flügel in der politischen Klasse der USA verbandelt sind, so der frühere Chef der grünen Heinrich-Böll-Stiftung, Ralf Fücks, Mitarbeiter der Böll- und der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung, der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), des GMF Berlin und der Berliner Einrichtung des US-amerikanischen Aspen-Instituts. Ferner Stefan Heumann von der *Stiftung Neue Verantwortung*, die schon seit langem gegen Trump aktiv ist, und Jan Techau, der früher im deutschen Verteidigungsministerium und in der DGAP angestellt war und jetzt bei der *American Academy* in Berlin arbeitet. Veröffentlicht wurde das Papier zunächst in der Hamburger *Die Zeit*, in der sich dann eine Debatte um Für und Wider entspann, sowie auf der Webseite des GMF. Am 11. Oktober 2017 wurde es von der *New York Times* publiziert, als „eine deutsche Perspektive“ gegen Trump und Warnung vor Antiamerikanismus.⁹

9 <https://www.nytimes.com/2017/10/11/world/europe>.

Die Verfasser schielen absichtsvoll auf die derzeitige deutschen Regierungsbildung. Der „neue deutsch-amerikanische Interessengegensatz“ habe die Herausforderung zur Folge, „die transatlantischen Beziehungen durch die Präsidentschaft Donald Trumps zu steuern“. Russland wird wieder als der altböse Feind herausgestellt, der „die europäische Friedensordnung in Frage“ stelle. Trump trete für „eine machtbasiertere nationale Interessenpolitik“ ein. Bei der Verteidigung „der liberalen Weltordnung mit ihrem multilateralen Politikverständnis, ihren globalen Normen und Werten“ komme daher auf Deutschland und die EU „eine besondere Verantwortung“ zu. Trump sei innerhalb der außenpolitischen Eliten der USA „randständig“. Deshalb solle Deutschland nicht eine strategische Umorientierung vornehmen, sondern eine „Amerika-Strategie“ entwickeln, die Verschiedenes gleichzeitig erlaubt: „Kerninteressen aktiv zu vertreten, Konflikte zu moderieren, unrealistische Ambitionen zu vermeiden und so eine Brücke in eine bessere Zukunft der transatlantischen Beziehungen zu bauen“. In diesem Sinne wird besonderer Wert auf das Kapitel „Sicherheitspolitik“ gelegt. Deutschland solle unbedingt an der „nuklearen Teilhabe“ in der NATO festhalten, um „an der nuklearen Abschreckung“ der USA beteiligt zu sein. Zugleich sollten nicht nur die deutschen Verteidigungsausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöht werden, wie mit US-Präsident Barack Obama beschlossen und von Trump eingefordert, sondern Deutschland solle „ein weiteres Prozent des Bruttoinlandsprodukts aufwenden und damit mehr für Entwicklungszusammenarbeit, internationale Polizeieinsätze, Uno-Missionen, Konfliktpräventionen und Diplomatie ausgeben“. Was scheinbar als Bekräftigung der UNO-Entwicklungsziele daherkommt, macht diese Form der Zusammenarbeit tatsächlich zu einer Funktion der militärisch bestimmten „Sicherheitspolitik“.

Bereits im Frühjahr 2017 hatte der Mitunterzeichner Techau gemeinsam mit dem in Deutschland lebenden US-Journalisten Leon Mangasarian einen Band mit dem Titel: „Führungsmacht Deutschland“ veröffentlicht.¹⁰ Darin fordern sie Zweigleisigkeit: Bemühen um weiter enge Beziehungen zu den USA und gleichzeitig mehr deutschen Eifer bei der Stärkung der Institutionen der EU und des Euro. Hier ist bereits die Forderung nachzulesen, nicht nur den deutschen Militärhaushalt auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen, sondern im Kontext der EU stärker Weltmacht-Politik zu betreiben. Auch wenn dies die deutsche Bevölkerung mehr kostet. „Wenn es tatsächlich unter Präsident Trump zu einem Zusammenbruch der Pax Americana kommt, wird das Ordnungsmodell Europa völlig neu gedacht werden müssen. Der politische Raum Europas wird neu sortiert, und das wird Auswirkungen auch auf die Weltordnung haben. Deutschland spielt bei alledem die zentrale Rolle.“¹¹ Abgesehen davon, dass die „Pax Americana“ seit 1945 immer nur Ziel der globalistischen Interventionisten innerhalb der US-amerikanischen herrschenden Kräfte und ihrer Förderaten in Europa und anderswo war, nie politische Realität, so ist doch hier eines sehr offen und klar ausgesprochen: Der Anspruch auf neue deutsche Weltgeltung im 21. Jahrhundert und die Forderung an ihre politisch entscheidenden Gruppierungen, doch tunlichst eine dementsprechende Außen- und EU-Politik zu betreiben.

10 Leon Mangasarian / Jan Techau: Führungsmacht Deutschland. Strategie ohne Angst und Anmaßung, München: dtv 2017.

11 Ebenda, S. 159.

IV.

Nach dem Scheitern der Verhandlungen zu einer Regierung aus Christdemokraten, FDP und Grünen breitete sich in der politischen Kaste zunächst eine gewisse Ratlosigkeit aus. Die beteiligten Parteien erklärten unisono, dass die jeweils anderen schuld sind, während sie selbst nur das Große und Ganze im Blick hatten. Besonders die Grünen hatten nur das Wohl des Landes, Europas, ja der Welt im Sinn, sagten sie. Die wollten sie retten in diesen Verhandlungen. Allerdings hatten lediglich 8,9 Prozent der Wähler am 24. September 2017 die Grünen gewählt, das heißt, um eine derzeit wohlfeile Argumentationsfigur aufzunehmen, 91,1 Prozent nicht. Aber gestützt auf diese knapp neun Prozent bestanden sie in den Verhandlungsrunden auf ihren grünen Forderungen. Die Christdemokraten sehen das Gemeinwohl besonders dadurch verwirklicht, dass sie regieren und niemand sonst; außerdem brauchen wir – „als modernes Industrieland“ – weiter die Kohleverstromung und den Verbrennungsmotor. Die bayerische CSU wollte darüber hinaus die Obergrenze für Zuwanderung. Als Kompromiss war sie bereit, auf diese Bezeichnung zu verzichten. Die FDP dagegen wollte unbedingt den Soli abschaffen und die Bevölkerung digitalisieren. Am Ende jedoch, wenn man genauer auf Wortwahl und Körpersprache der Hauptakteure vor den Kameras achtete, war es die *Ménage à trois*, die die Liberalen verschreckte: es ging bei den Mühen um die Ebenen der Sondierung stets um Kompromisse zwischen den Christdemokraten und den Grünen, von denen erwartet wurde, dass die Liberalen ihnen zustimmen. Ansonsten wurden sie abwechselnd mit deren Programmforderungen konfrontiert. Und wie in jeder privaten *Ménage à trois* verliert eines Tages einer die Nerven und steigt aus. Hier schon nach wenigen Wochen die FDP.

Das hätte die Kanzlerin durch eine kluge, ergebnisorientierte Verhandlungsführung vermeiden können. Wie man hörte, hatte sie aber wieder alles laufen lassen, in der Erwartung, dass sich die CSU, die Grünen und die FDP aneinander abarbeiten, und am Ende, in der letzten Nacht, sie mit den anderen Parteivorsitzenden alles festzurrt. Am Ende war nichts erreicht. Die SPD-Führung, die noch am Wahlabend schmollend erklärt hatte, dass sie nicht wieder in die Große Koalition will, wird nun gefordert. Bundespräsident Steinmeier hatte gesagt, dass die Parteien sich mit der Teilnahme an der Wahl um Übernahme von Verantwortung beworben haben. Davor könnten sie sich jetzt nicht drücken. Nach Grundgesetz schlägt der Bundespräsident dem Bundestag den Kanzler zur Wahl vor. Das hat jahrzehntelang funktioniert, weil sich zunächst die Parteien der jeweiligen Koalition einigen konnten. Da war der Vorschlag des Präsidenten Formsache.

Nun gab es keine Einigung. Und keinen Vorschlag des Bundespräsidenten. Und ohne einen solchen keine Abstimmung im Bundestag. Und ohne mindestens dreimaliges Scheitern einer vorgeschlagenen Kanzlerin keine Auflösung des Bundestages, folglich keine Neuwahl. Nach den Umfragen würde die Abstimmung ohnehin dasselbe Ergebnis bringen, von ein oder zwei Prozent Änderung für diese oder jene Partei abgesehen. Unter Linken wird gerade wieder einmal von Rot-Rot-Grün geträumt, und was man da so alles Schönes machen könnte. Dabei haben die bürgerlichen CDU/CSU, FDP und AfD zusammen eine klare Mehrheit von 56,2 Prozent, unter Hinzuziehung der Grünen 65,1 Prozent. Die beiden roten Parteien zusammen 29,7 Prozent (KPD und SPD hatten bei der Reichstagswahl am 6. November 1932 37,3 Prozent); rechnet man die Grünen

kontrafaktisch hinzu, wären es 38,6 Prozent. Es steht nicht zu erwarten, dass die Wähler bei Neuwahlen linker würden als am 24. September.

Das Gerede über Neuwahlen geschah stets über den Kopf des Präsidenten hinweg. Hans-Ulrich Jörges vom *Stern* hatte in einer der unzähligen, immer gleichen Talk-Shows gesagt, er sei für Neuwahlen, weil dann die Bürger wüssten, sie dürften nicht AfD wählen, wenn sie eine funktionsfähige Regierung haben wollen. Aber ist die Offensichtlichkeit für „den kleinen Mann“ nicht vielmehr die, dass alle anderen Parteien, wie die Neuwahl zeigt, nichts zustande bringen, und deshalb erst recht die „Alternative“ gewählt werden muss? Insofern ist Steinmeiers Neuwahlen-Vermeidungs-Strategie der Lage im Lande eher angemessen.

Die Christdemokraten insistieren auf einem Auftrag zur Regierungsbildung, obwohl sie bei der Bundestagswahl 8,6 Prozent ihrer Wähler von 2013 verloren haben, der SPD kamen „nur“ 5,2 Prozent abhanden. Die Annäherung der Verlierer erfolgt jetzt im Schnecken-tempo. SPD-Kader meinen, wenn sie schon ihr Schmolli-Nein aufkündigen sollen, müsse das Programm einer neuerlichen Großen Koalition stark sozialdemokratisch sein. Außerdem seien ja noch Punkte offen, die im Koalitionsvertrag von 2013 standen und wegen der Obstruktion der CDU/CSU-Fraktion nicht umgesetzt wurden. Dagegen erklärten führende Christdemokraten, die Sozialdemokraten sollten nicht so große Forderungen stellen, immerhin hätten sie – die Christdemokraten – den Regierungsauftrag. Just an dem Tage, an dem Merkel verkündete, man müsse jetzt miteinander reden, und der SPD-Vorsitzende Martin Schulz meinte, man könne sich der Verantwortung nicht entziehen, stimmte der von der CSU kommende Landwirtschaftsminister in Brüssel für den fortgesetzten Einsatz des Pflanzengiftes Glyphosat, obwohl die sozialdemokratische Umweltministerin ihm vorher dezidiert mitgeteilt hatte, dass sie dagegen ist. Vorausschauende Vertrauensbildung sieht anders aus.

Deutsche Medien berichteten Ende November, in China würde Merkel nach dem Scheitern der Verhandlungen mit Liberalen und Grünen als „Baizuo“ bezeichnet. Das meint „naive, gebildete“, besser „unbedarfte, arrogante Westler, die den Rest der Welt bemitleiden und sich für die Retter halten“, kurzum „Gutmenschen“, die Multikulti und den Einzug „rückständiger islamischer Werte“ erlauben. Die bürgerlichen deutschen Medien bezogen sich dabei auf das China-Institut der deutschen Mercator-Stiftung *Merics*. Nun ist dieses Institut nicht irgendeines. Es hat dreißig festangestellte China-Experten und liefert der deutschen Wirtschaft und Politik „praxisorientierte Informationen“ über das Land, um „die Weltmacht China besser zu verstehen“ und die hiesige Entscheidungsfindung zu unterstützen. Andere China-Institute beneiden es ob seiner guten finanziellen Ausstattung. Die *Stiftung Mercator* wurde 1996 von der Familie Schmidt gegründet, die neben den Familien Haniel und Beisheim zu den Hauptanteilseignern des Handelsunternehmens *Metro Group* gehört.

Interessant ist, wer alles zum Kuratorium des *Merics* gehört. Darunter sind Eberhard Sandschneider, Professor für Politik Chinas an der Freien Universität Berlin, der von 2003 bis 2016 Direktor des Forschungsinstituts der *Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik* war, die Geschäftsführerin der *Robert-Bosch-Stiftung*, der Vorsitzende des Vorstands der *BMW Stiftung Herbert Quandt*, der Geschäftsführer der *Mercator-Stiftung*, der Generalbevollmächtigte von *BASF China* sowie Dr. Thomas

Bagger, Leiter Außenpolitik im Bundespräsidialamt und zuvor Chef des Planungsstabes des Auswärtigen Amtes, ferner Caio Koch-Weser, früher bei der Weltbank, 1999 bis 2005 Staatssekretär im Bundesfinanzministerium und zuständig für internationale Finanzpolitik, europäische Wirtschafts- und Finanzfragen, zudem Vorsitzender des Verwaltungsrates der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und 2006 bis 2016 im erweiterten Vorstand der Deutschen Bank, hier weltweit zuständig für Strategie und Beratung von Regierungs- und Regulierungsbehörden sowie Unternehmen.

Merics ist eine Einrichtung, mit der sich das deutsche Kapital auf den Gezeitenwechsel in der globalisierten Weltwirtschaft von der nordatlantischen Welt unter Führung der USA hin zur pazifischen Welt mit China im Zentrum einzustellen versucht. Da das deutsche Kapital nach 1945 ohnehin in einer Junior-Partner-Position ist, sollte es am Ende gleich sein, ob man Junior der Amerikaner oder der Chinesen ist. Demokratierednerisch mag es ein Unterschied sein, kapitalrenditemäßig nicht. Unter diesem Gesichtspunkt braucht dieses Deutschland rasch eine starke und stabile Regierung. Schon um mit der Führung Chinas wieder auf einem angemessenen Niveau reden zu können. Deshalb hat dieses China-Institut die Baizuo-Charakterisierung in die deutschen Medien lanciert. Der Berliner Politik-Betrieb soll auf Trab gebracht werden, das Land wieder kraftvoll regiert werden.

(Überarbeitete Fassung, 16. Dezember 2017)